

Wer mit Wolfgang Bühler spricht, bekommt eine Idee davon, was in Deutschlands Schulen schief läuft: „Für vorhandene junge Lehrer und Referendare werden seit Jahren keine Stellen geschaffen – trotz Lehrermangel. Dabei sind die Lehrer teilweise da. Schulpolitik ist eine Sache des Geldbeutels. Doch die Landesfinanzminister wollen ihre Geldbeutel für die Schulen einfach nicht öffnen.“ Bühler weiß, wovon er redet. Er arbeitet seit knapp zehn Jahren als stellvertretender Schulleiter an einem Gymnasium in Karlsruhe. Seinen echten Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen – offiziell darf er nicht mit der Presse reden. Doch mit einem Pseudonym äußert er sich: „Es ist doch vollkommen irre: Auf der einen Seite wirbt jeder Politiker für mehr Lehrer – auf der anderen Seite kann ich fähige Leute nicht einstellen.“

In einer Umfrage vom Verband „Bildung und Erziehung“ benannten 57 Prozent von 1200 befragten Schulleitern Lehrermangel als ihr größtes Problem. Lehrer fehlen, dies ist seit Jahren bekannt. Dass aber bereits vorhandene, junge Lehrer dennoch keine Stelle bekommen, obwohl Bedarf da wäre, erklärt der Präsident des Verbandes, Udo Beckmann, so: „Das Problem ist, dass die Kultusministerien einen Personalbedarf errechnen, der von 100 Prozent Abdeckung ausgeht. Aber wie viele Unternehmen kennen Sie, bei denen nie jemand krank ist, wegen Elternzeit aussetzt oder aus sonstigen Gründen fehlt? In einer Schule bedeutet jede Person, die fehlt, 26 nicht adäquat gegebene Unterrichtsstunden pro Woche.“ Junge Lehrer sind teilweise da, die Schulen brauchen sie, doch es gibt keine Stellen?

Wer herausfinden will, wie das kommt, muss eine Reise tief in das deutsche Bildungssystem machen. Sie beginnt bei den Schulleitern: Glaubt man den Aussagen Bühlers und etlichen seiner Kollegen, die bereit waren, anonym über die Lage zu sprechen, dann werden oftmals nur die Lehrer ersetzt, die pensioniert werden. Ein anderer Schulleiter sagt: „Wenn ich dem Regierungspräsidenten sage, ich habe im nächsten Schuljahr einen Lehrer, der in Rente geht, zudem noch zwei Kolleginnen, die ein Jahr in Schwangerschaftsurlaub gehen, und einen, der ein Sabbatjahr macht: Dann ersetzen die mir nur den pensionierten Kollegen.“

Ähnlich klingt das bei seinen Kollegen. Der Schulleiter erzählt, was er vom Kultusministerium zu hören bekommt, wenn er sich daraufhin beschwert: „Die anderen Kollegen seien ja noch auf dem Papier vorhanden. Dass die aber nicht in der Schule sind, geschweige denn Unterricht halten können, das interessiert niemanden. Ich habe also drei Stellen für ein Schuljahr zu wenig. Und muss dann anfangen, Stunden herumschieben.“

Auf der anderen Seite stehen die Referendare und jungen Lehrer. Eine 27-Jährige aus dem Süden Deutschlands – genauer will sie nicht werden, sie hat Angst, sich ihre Zukunft zu verbauen – studierte auf Realschullehreramt und schloss mit einem Schnitt von 1,45 ab. Sie bewarb sich um eine feste Stelle, angeboten wurde ihr eine Krankenvertretung. Zwei Wochen vor Schulbeginn, deutlich schlechter bezahlt als eine Festanstellung. Die junge Frau sagt: „Ich und meine Freunde machen nur Krankenvertretungen. Festanstellungen gibt es in den Städten praktisch nicht.“ Diese Stellen werden aber nur von September bis Juli bezahlt, im Sommer sind die Angestellten arbeitslos. Das bedeutet: Der



Vertrautes Bild: Diese oder ähnliche Ansagen kennen Schüler und Eltern zu Genüge.

Foto dpa

## Das fliegende Lehrerzimmer

In Deutschland herrscht zwar Lehrermangel. Aber bei Neueinstellungen gibt es reihenweise Probleme. Vor allem Berufsanfänger müssen Zumutungen hinnehmen. Droht ein Kollaps? Von Tim Kummert

Staat kann Geld sparen. Vergangenes Jahr beantragte die 27-Jährige, die zu den besten ihres Jahrgangs gehörte, für die Sommerferien Hartz IV. Zum ersten Mal in ihrem Leben.

Die junge Frau ist kein Einzelfall. Zwar haben laut Angaben des Stuttgarter Kultusministeriums nur drei Prozent der Lehrer in Baden-Württemberg befristete Arbeitsverhältnisse, diese Zahl bezieht sich jedoch auf die Gesamtstatistik. Wie viele frisch nach ihrem Referendariat verbeamtet werden und wie viele zunächst als Krankenvertretungen arbeiten, sagt das Kultusministerium nicht. Allein für diese Recherche waren etliche junge Referendare bereit zu sprechen, die trotz hervorragender Noten keine festen Stellen bekamen.

Dabei ist der Bedarf immens, die Situation hat sich in den vergangenen Jahren sogar deutlich verschärft: Laut Studien der Bertelsmann-Stiftung fehlen bis zum Jahr 2025 nicht nur 35 000 Grundschullehrer. Es wird auch eine Million mehr Schüler geben als von der Kultusministerkonferenz noch vor wenigen Jahren prognostiziert. Grund sind die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und eine baldige Pensionierungswelle. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes geht etwa ein Drittel der Lehrer in Deutschland in den nächsten zehn Jahren in Pension. Dass eine Pensionierungswelle von den Kultusministern niemand vorhergesehen hat,

ist überraschend. Auf Nachfrage gibt man sich kleinlaut, mit seinen Antworten zitiert werden will damit aber niemand. Schon im laufenden Schuljahr sollen mehr als 3000 Stellen in Deutschland unbesetzt sein.

In Rheinland-Pfalz arbeitet Maria Fichte. Sie ist Anfang dreißig, und auch sie will, wie alle anderen Protagonisten dieses Textes, nur unter einem Pseudonym sprechen. Studiert hat Fichte Deutsch und Englisch, jetzt arbeitet sie als Ausbilderin an einem Gymnasium, ihr Vertrag läuft noch bis Juni. Dann muss sie sich neu bewerben, es ist jetzt schon das vierte Mal. Sie sagt: „Meine Fächerkombination ist nicht optimal, aber Freunden von mir, die naturwissenschaftliche Fächer studiert haben, geht es genauso. Wir arbeiten seit Jahren in Vertretungsstellen – ich bin dafür auch schon mehrmals umgezogen.“

Auch andere junge Lehrer bestätigen auf Nachfrage das Bild, das Maria Fichte zeichnet. Nach Angaben des Kultusministeriums in Rheinland-Pfalz wurden zwar 270 neue Stellen im Schuljahr 2016/2017 geschaffen. Doch sind die Anreize offenbar nicht groß genug. Das könnte auch an der Bezahlung liegen: Nach Angaben des Besoldungsreports des Deutschen Gewerkschaftsbundes verdient ein Beamter in der Stufe A9 derzeit in Rheinland-Pfalz 38 577 Euro im Jahr, in Hessen 39 088 Euro und in Baden-Württemberg

40 299 Euro. Etliche junge Lehrer bewerben sich in genau diesen angrenzenden Bundesländern: Im vergangenen Schuljahr wanderten nach Angaben der Landesregierung 82 Lehrer ab, im Jahr 2014 waren es nur 44.

Mehr Geld für Lehrerstellen im Landeshaushalt frei zu machen scheint für kaum eines der Bundesländer eine Option zu sein. Im Gegenteil: In Sachsen hagelt es aktuell aus der Bevölkerung in Online-Foren Kritik, weil der sächsische Kultusminister Christian Piwarz gemeinsam mit seinem Kollegen aus dem Finanzressort Matthias Haß erwägt, den Unterricht schlicht zu kürzen. Auf Nachfrage streitet das Dresdener Kultusministerium einen Zusammenhang mit dem Lehrermangel zwar ab und erklärt: „Um die bundesweit vergleichbar sehr hohe Unterrichtsbelastung sächsischer Schüler zu senken, hat sich die Staatsregierung in dem Handlungsprogramm lediglich darauf verständigt, die Unterrichtsbelastung um rund 4 Prozent zu senken.“ Praktisch könnte das nach Recherchen der „Freien Presse“ so aussehen: In der 5. Klasse sollen die Fächer Kunst und Musik, in der 6. Klasse dann sogar die zweite Fremdsprache um eine Wochenstunde reduziert werden. Der Sportunterricht könnte für alle Klassen auf zwei Stunden pro Woche heruntergefahren werden. Dafür werden natürlich auch weniger Lehrer benötigt. Die Situation ist ohnehin de-

solat: In Sachsen sind mittlerweile 62 Prozent der neu eingestellten Lehrer Quereinsteiger, die nicht auf Lehramt studiert haben.

Auf die Idee, Unterricht einfach zu reduzieren, ist man in Baden-Württemberg schon länger gekommen. Dort wird in der Grundschule das Fach Französisch in der 1. und 2. Klasse nicht mehr unterrichtet, sondern erst wieder ab der 3. Klasse. Vorgeblich, um „Förderunterricht“ betreiben zu können – in der Praxis wird jedoch stattdessen oft gar kein Unterricht gemacht, so erzählen es verschiedene Lehrer. Somit werden weniger Stunden benötigt, die durch Lehrpersonal abgedeckt werden müssen. Abwälzen auf ihre Vorgänger kann die Landesregierung das Problem des Lehrermangels kaum – schon seit dem Jahr 2011 stellen die Grünen den Ministerpräsidenten.

Gerade an den Grundschulen ist der Mangel an pädagogischem Personal größer als irgendwo sonst. In der Praxis kommt dies jedoch oftmals nicht an. Eine Grundschulleiterin aus dem Süden Baden-Württembergs berichtete: „Es gibt Lehrerinnen auf meiner Grundschule, die ich seit vier bis fünf Jahren jedes Mal aufs Neue mit einem einjährigen Vertrag ‚hinhalten‘ muss. Jetzt hat die erste an meiner Schule beschlossen, dieser Praxis ein Ende zu setzen: Sie lässt sich umschulen. Und ich gehe davon aus, dass weitere folgen werden. Das ist einfach

nicht zumutbar: Diese Lehrerinnen würden gern angestellt werden, wir brauchen die Leute – nur bekommen wir keine Bewilligung dafür.“ Dabei waren zum Schuljahresbeginn 2016/2017 500 Stellen in Baden-Württemberg unbesetzt. Die Grundschulleiterin fügt hinzu: „In Berlin diskutiert die frisch gewählte große Koalition munter die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen. Doch in den Bundesländern, wo der Staat als Arbeitgeber auftritt, ist diese Praxis seit Jahren Realität. Im reichen Baden-Württemberg verwalte ich tagtäglich eine Situation der Armut.“

Für das Schuljahr 2008/2009 warb der damalige Kultusminister Helmut Rau (CDU) noch mit riesigen Anzeigenkampagnen in Tageszeitungen dafür, dass Referendare nach Baden-Württemberg kommen sollten. „Mit der Anzeigenkampagne machen wir auf die ausgezeichneten Einstellungschancen in unseren Gymnasien und beruflichen Schulen aufmerksam“, so ließ sich Rau damals zitieren. Von diesem Enthusiasmus ist heute nicht mehr viel übrig. Die Nachfolgerin von Rau, Kultusministerin Susanne Eisenmann, hat an die angehenden Gymnasiallehrer in Baden-Württemberg am 9. Februar einen Brief geschrieben. Sie appelliert darin an die Gymnasiallehrer, sich doch anderweitig einsetzen zu lassen: „An den Grundschulen bestehen (...) auch für Gymnasiallehrkräfte sehr gute Chancen für eine dauerhafte oder befristete Beschäftigung.“ Die notwendige einjährige pädagogische Ausbildung erfolge „berufsbegleitend“ – also während die Gymnasiallehrer bereits vor einer Grundschulklasse unterrichten. Und Eisenmann gibt ein Versprechen: „Die Einstellungszusage im gymnasialen Lehramt greift nach einer mindestens dreijährigen Tätigkeit im Lehramt an der Grundschule.“ Nur knapp zwei Wochen später, am 22. Februar, ruderte Eisenmanns Hauptpersonalrat Ralf Scholl, verantwortlich für die Gymnasien, in einer Mail an denselben Verteiler allerdings zurück. Darin wird die feste Zusage für eine Verbeamtung am Gymnasium wieder einkassiert mit dem Hinweis, dass man dann auch an „Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen“ verbeamtet werden könne. Und eine Einstellung an Gemeinschaftsschulen sei laut der Mail „sehr viel wahrscheinlicher“ als eine Verbeamtung am Gymnasium. In manchen Bundesländern gibt es jedoch schon ein Gegensteuern. Ab dem kommenden Schuljahr 2018/19 erhöht das Land Niedersachsen die Besoldung für die Leiterinnen und Leiter von Grundschulen. Und zwar auf das Einstiegsgehalt von Gymnasiallehrkräften. Für zusätzliche Stellen wurden in Hannover 2017 rund 118 Millionen Euro veranschlagt, 2018 kommen nochmals 64 Millionen dazu.

Die Verbeamtung von Lehrern scheint nach wie vor Anreiz zu sein, den Beruf auszuüben. Marie Feuchter arbeitet als Lehrerin in Berlin, dort werden Lehrer grundsätzlich nicht verbeamtet – was dazu führt, dass viele Quereinsteiger nun Lehrer werden. Feuchter erzählt: „Ein Kollege von mir hat schon eine feste Zusage für eine Stelle – wenn er nur mit 3,0 die Abschlussprüfung besteht.“ Die in Berlin ausgebildeten Referendare gingen nach ihrem Abschluss weg, oftmals nach Brandenburg oder Hamburg. Und: „Sie lassen sich dort verbeamtet.“ Schulleiter Wolfgang Bühler weiß um den Vorteil der Verbeamtung in seiner Stadt Karlsruhe. Und noch hat er nicht aufgegeben: „Die Situation wird seit Jahren immer heftiger. Wenn die Politik nicht schnellstmöglich mehr Stellen schafft, mehr Gelder bewilligt und endlich aktiv wird, stehen wir personell vor dem Kollaps. Doch noch ist es nicht zu spät.“

BESTIMMEN SIE DIE AGENDA.  
STATT SIE HERUMZUSCHICKEN.

Frankfurter Allgemeine  
Stellenmarkt

GEHEN SIE DEN NÄCHSTEN KARRIERESCHRITT

ENTDECKEN SIE JETZT DEN NEUEN DIGITALEN  
STELLENMARKT DER F.A.Z.

stellenmarkt.faz.net

### Stellenangebote

#### Der Magistrat

rüsselsheim  
am main



Die Stadt Rüsselsheim am Main mit 64.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, im Zentrum des Rhein-Main-Gebietes gelegen, verfügt über eine sehr gute Infrastruktur sowie über vielfältige soziale, kulturelle und sportliche Angebote. In verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt folgende Stellen zu besetzen:

- **Referent/in für Grundsatzangelegenheiten** (Kennz. 1582)  
im Büro des Oberbürgermeisters  
(E.-Gr. 13 TVöD, wö. AZ 39 Std.)
- **Mitarbeiter/in im Team Verwaltungsorganisation** (Kennz. 1583)  
im Fachbereich Zentrales  
(Bes.-Gr. A 12 HBesG/E.-Gr. 11 TVöD, Vollzeit)
- **WIR – Fallmanager/in für Geflüchtete** (Kennz. 1584)  
im Fachbereich Zentrales  
(E.-Gr. S 11 b TVöD, wö. AZ 39 Std., befr. bis 31.12.2021)
- **Leitung der Kindertagesstätte Am Weinaß** (Kennz. 1585)  
im Fachbereich Bildung und Betreuung
- **Erzieher/innen und Krippen-Erzieher/innen** (Kennz. 1586)  
(E.-Gr. S 8 b TVöD, Vollzeit und Teilzeit)

Ausführliche Informationen zu diesen Stellenangeboten finden Sie auf unserer Internetseite [www.ruesselsheim.de](http://www.ruesselsheim.de) unter der Rubrik *Stellenangebote*.

Die Stadt Rüsselsheim möchte die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf realisieren. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht. Teilzeitbeschäftigung ist vom Grundsatz her möglich, es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Wahrnehmung dieser Aufgaben ganztätig gewährleistet ist.

Die Stadt Rüsselsheim am Main ist der „Charta der Vielfalt“ beigetreten und fördert alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren vielfältigen Fähigkeiten und Talenten wertschätzend und vorurteilsfrei. Alle Bewerbungen – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, kultureller und sozialer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und Identität – werden begrüßt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind erwünscht. Schwerbehinderte werden entsprechend den Vorgaben des SGB IX und der betrieblichen Integrationsvereinbarung berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie unter Angabe der **Kennziffer** bis **spätestens 20.04.2018** an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main, Fachbereich Personal, Mainzer Straße 11 in 65428 Rüsselsheim am Main oder per E-Mail in einer PDF-Datei mit maximal 10 MB an [bewerbungen@ruesselsheim.de](mailto:bewerbungen@ruesselsheim.de).

Die Oberbürgermeisterin



Stadt Köln

Die Stadt Köln, das Amt für Straßen und Verkehrstechnik hat ab sofort eine Stelle

### Abteilungsleitung Straßenplanung

zu besetzen.

Die Abteilung Straßenplanung besteht aus fünf Sachgebieten, in denen die Planungen vom Vorentwurf bis zur Ausführungsplanung für die Kölner Straßen, Wege und Plätze erfolgen.

Weitere Details sowie die konkrete Stellenausschreibung finden Sie unter [www.stadt-koeln.de/Strassenplanung](http://www.stadt-koeln.de/Strassenplanung)

**Stadt Köln, Amt für Straßen und Verkehrstechnik**  
Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Geld verdienen als Internet-Coach!  
Lukrative Tätigkeit als Internet Success  
Coach. Nebenberuflich oder als  
2. Standbein und ohne besondere  
Vorkenntnisse machbar.  
Infos: [www.isc-konzept.de](http://www.isc-konzept.de)

Qualität, Glaubwürdigkeit,  
Renommee:  
Frankfurter Allgemeine.

Buchen Sie Ihre Anzeige  
in F.A.Z. und F.A.S.:

[www.faz.net/anzeigen](http://www.faz.net/anzeigen)

Frankfurter Allgemeine  
MEDIA SOLUTIONS